

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit Illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- für Selbstabholer 1.80 M. - Durch die Post bezogen 2.- M. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei u. G., Leipzig Nr. 534 77

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon** 72208. - **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 - **Telefon** 72208

**Insertenpreise:** Die 10. Spalte, Kolonelle 35 Wfg., bei Vorkauf 40 Wfg., Stellenangebote 10 Gelp. Kolonelle 25 Wfg. Familienanzeigen von Privaten die 10 Gelp. Kolonelle mit 50% Nachl. Reklamesp. 2 M. Insetrate v. ausw.: die 10 Gelp. Kolonelle 40 Wfg. bei Vorkauf 50 Wfg. Reklamesp. 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Ausräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Immer wieder Paragraph 48

## Die Parole des Bürgerblocks

### Vor Erlass der neuen Verordnungen

Wie die Telegraphen-Union erfährt, werden die neuen Notverordnungen des Reichspräsidenten nicht vor Freitag verkündet werden. Die endgültige Beschlussfassung des Reichskabinetts ist nicht vorher möglich, da erst dann sämtliche Minister wieder in Berlin sein werden.

Die agrarische Presse fordert von der Reichsregierung, an Stelle der Osthilfegehalte, die ein Opfer der Politik des Kabinetts Brüning-Schiele geworden sind, Notverordnungen zu sehen. Dazu erfährt der „Soz. Pressedienst“, daß das Kabinett bereit ist, dem zu entsprechen, und zwar soll eine Notverordnung vorerst den Vollstreckungszweck, der in der Ostaktion vorgesehen war, bringen. Mit der Veröffentlichung ist bereits in den nächsten Tagen zu rechnen.

„Vossische Zeitung“ und „Berliner Börsenkurier“ weisen ziemlich übereinstimmend darauf hin, daß Reichskanzler Brüning, der am Montag eine eingehende Besprechung mit dem Finanzminister Dr. Dietrich zur Vorbereitung der in der Kabinettsitzung vom Donnerstag zu verabschiedenden neuen Notverordnung hatte, diese neue Notverordnung als eine Wahlparole zur Sammlung und Verbreiterung der Front zu benutzen beabsichtigt, die bis zur Auflösung des Reichstages hinter der Regierung Brüning gestanden hat. „Wenn erst der Etat dekretiert ist“, so schreibt die „Vossische Zeitung“, „wird der Reichskanzler, der auf seinen Sommerurlaub verzichtete, die Verbindung mit den Parteien aufnehmen und den Versuch einer Sammlung

machen. Wie sich der Reichskanzler diese Konzentration im neuen Reichstage vorstellt, mit welchen Parteien und Gruppen er schon in der Wahlbewegung auf sie zuteuern wolle, sei jetzt allerdings noch nicht deutlich zu sehen. Der „Börsenkurier“ erklärt, alle Zeichen sprächen dafür und der Kanzler und die übrigen Mitglieder der Regierung seien sich dessen bewußt, daß sie diesmal mit besonderer Aktivität in den Wahlkampf eintreten und auf die Kristallisation der in so viele Splitter zerfallenden bürgerlichen Gruppen zu festen Gebilden hinwirken müßten.

### „Unbestreitbare Erfolge der Sozialdemokratie“

SPD Berlin, 22. Juli (Radio).

Der Vorstand des Reichsbundes tritt heute in Berlin zu seiner entscheidenden Tagung über die Finanzierung bzw. den Zusammenschluß der deutschnationalen Splittergruppen zusammen. Wahrscheinlich aus diesem Grunde veröffentlicht die Deutsche Tageszeitung heute eine theoretische Betrachtung über „Hindenburg als Führer“, der wir folgende Stellen entnehmen:

„Die Tatsache, daß hinter der Notverordnung Hindenburgs wenigstens eine positive Mehrheit des Parlaments nicht stand, gibt ihr die klare Bedeutung einer Bewußt gegen den Parlamentarismus gerichteten Aktion. Und wir wiederholen, daß Hindenburg mit ihr diejenige Auffassung von der Stellung des Reichspräsidenten und seiner Pflicht zu höchster persönlicher Verantwortung bestätigt hat, die gerade von der Rechten immer gewünscht und verlangt wurde. Darum war der 18. Juli ein unbestreitbarer Erfolg der Sozialdemokratie und des parlamentarischen Systems.“

### Der Abbau der Krankenversicherung

Von Karl Lütke, Berlin.

Der christliche Gewerkschaftsführer, Dr. Adam Stegerwald, der Reichsarbeitsminister der reaktionären Brüning-Regierung, forderte vom Reichstag die Einführung einer Krankenscheingebühr, die Erhebung eines Arzneikostenanteils, sowie die Herabsetzung des Kranken- und des Hausgeldes. Ferner soll das Krankengeld in allen Fällen erst vom vierten Werktag der Arbeitsunfähigkeit gezahlt werden. Im Reichsrat wie im Reichstag erklärte dieser Arbeiterführer, die von ihm geforderten Maßnahmen für notwendig, weil 35 Millionen Menschen, also mehr als die Hälfte des deutschen Volkes, „keinen roten Pfennig für Arzt und Arzneien aus eigener Tasche“ bezahlten.

Die Beiträge für die Sozialversicherung werden von den Arbeitern und Angestellten gezahlt. Sie sind einbehaltener Lohn. Die sachlich nicht gerechtfertigte Behauptung des Reichsarbeitsministers ist der Beweis, daß die Bürgerblockregierung vor keinem Mittel zurückschreckt, um die Interessen der arbeitenden Klasse zu schädigen.

Die Gebühr für den Krankenschein soll nach dem Regierungsentwurf eine Reichsmark betragen. Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages hat diesen Betrag auf 50 Pfennig festgesetzt. Für jedes Rezept sollen ebenfalls 50 Pfennig gezahlt werden. Die Sozialdemokraten haben die Streichung dieser reaktionären Bestimmungen verlangt. Das wurde abgelehnt, hingegen wurde von uns gefordert, daß weder eine Gebühr für den Krankenschein, noch für die Arznei erhoben werden darf, von „Arbeitsunfähigen, Arbeitslosen, Unfallverletzten, Rentenempfängern, bei Schwangeren“, sowie bei „anknappenden Krankheiten“. Außerdem wurde von uns verlangt, daß kein Zuschuß zu Arzneikosten zu zahlen ist, wenn die Arznei zur schnellen Abwendung einer Gefahr für Leben oder Gesundheit erforderlich ist. Beide Anträge wurden mit der Begründung abgelehnt, Ausnahmen werde der Reichsarbeitsminister festlegen. Im übrigen wurde erklärt, daß die vorgesehenen Gebühren ihren Zweck verfehlen, wenn die Anträge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion angenommen würden.

Was ist die Folge, wenn die Regierung die Verschlechterungen der Vorschriften der Reichsversicherungsordnung mit Hilfe des Artikels 48 in Kraft setzt? Jeder Versicherte muß für sich wie für seine Angehörigen im Krankheitsfall, wenn es nach dem Willen der Regierung ginge, von jetzt ab in der Regel eine Krankenscheingebühr von einer Reichsmark entrichten. Für die Arznei hat der Versicherte für sich 50 Pfennig zu bezahlen. Für die Angehörigen des Versicherten wird nur die Hälfte der Arzneikosten erstattet. Ein sozialdemokratischer Antrag, der die freie Lieferung von Arznei forderte, wurde abgelehnt. Die Krankenkasse kann bestimmen, daß 70 Prozent der Kosten erstattet werden. Das ist in unzähligen Fällen gegenüber dem heutigen Rechtszustand eine ungeheure Verschlechterung, denn viele Krankenkassen gewähren den Familienangehörigen freie Arznei.

Was bedeutet das alles im praktischen Leben? Die um das erkrankte Kind besorgte Mutter wird, wenn kein Geld im Hause ist, oftmals weder einen Arzt noch einen Apotheker in Anspruch nehmen. Sie wird bis zum Lohnstag warten. Wie oft wird dann der zu spät gerufene Arzt feststellen müssen, daß ärztliche Kunst nicht mehr zu helfen vermag. In wie vielen Fällen wird bei kritischen Operationen, z. B. bei Blinddarmentzündung, die hinausgezögerte Inanspruchnahme des Arztes schwere Gefährdung des Lebens, wenn nicht gar den Tod des Erkrankten zur Folge haben? Was soll der ausfertige Angestellte der Krankenkasse tun, wenn an seinem Schalterfenster eine um das Leben ihres Mannes oder Kindes hangende und zitternde Frau steht, die die vorgesehene Gebühr für den Krankenschein nicht entrichten kann? Soll er die Frau abweisen? In wie vielen Fällen wird auf dem Lande am Tage oder in

## Sammelbestrebungen der Rechten

### Einheitslisten?

DNB, Berlin, 21. Juli.

Wie wir erfahren, bedeutet das Scheitern der ersten Verhandlungen über eine Zusammenfassung der Sezessionisten der Deutschnationalen Volkspartei, als deren natürliche Kristallisationszelle zunächst die Westarp-Gruppe erschien, noch keine endgültige Entscheidung über das Verhältnis dieser Gruppen zueinander im Wahlkampf. Man erwartet eine weitere Klärung durch die für morgen angelegte Sitzung des Reichslandbundes. Es wird behauptet, daß die christlich-nationalen Bauern Minister Schiele als Spitzenkandidat aufstellen wollen und auf den Gewinn der Stimmen der Reichslandbunde hoffen.

Es ist nicht sicher, ob die Jungdeutsche Volkspartei die Reichsvereinigung allein vorgehen will. Aus parlamentarischen Kreisen verlautet außerdem, daß die Christlich-Sozialen mit der Volkspartei eine Listenverbindung einzugehen beabsichtigen, und daß die Volkspartei ein Wahlkartell mit den Deutsch-Hannoveranern geschlossen hätten. Schließlich wird auch von einer Fühlungnahme zwischen Volkspartei und Wirtschaftspartei mit dem Ziel, gemeinsam in den Wahlkampf zu gehen, gesprochen.

### „Konservative Staatspartei“

SPD, Berlin, 22. Juli (Radio).

Das Berliner Tageblatt meldet, daß die Aufstellung des Ministers Trenivanus als Spitzenkandidat der Volkspartei für den Wahlkreis Westfalen-Nord ohne Wissen der Volkspartei erfolgt sei. Trenivanus werde jedoch nicht im Wahlkreis Westfalen-Nord kandidieren. Auch Eugenberg kandidiere nicht mehr in Westfalen, sondern in Hessen-Nassau. Er verläßt seinen alten Wahlkreis wahrscheinlich, weil er dort einer Niederlage von vornherein gewiß ist.

Die neue wahrscheinlich bis Mittwoch Abend gegründete Rechtspartei soll den Namen „Konservative Staatspartei“ tragen. Sie beabsichtigt je eine Stadtliste mit Westarp und Trevis-

ranus als Spitzenkandidaten und eine Landliste unter Führung von Schiele aufzustellen. Es bestehen noch Schwierigkeiten insbesondere hinsichtlich der Zusammensetzung der „Landliste“, die man jedoch im Laufe des heutigen Tages hofft, ausräumen zu können. In einem gemeinsamen Wahlauftritt und den Kundgebungen der einzelnen deutschnationalen Splittergruppen soll, wie verlautet, in erster Linie der Kampf gegen Eugenberg und Hitler geführt werden.

### Wir suchen eine Wahlparole



## Gegen die Achtundvierziger!

Felsenkeller  
Volkshaus  
Grüne Schänke

Auf! Heute zu wuchtigem Massenprotest!